

19. I. 1916

Der deutsche Reichstag.

B. Berlin, 18. Jänner. Der Reichstag verhandelte in seiner heutigen Sitzung Zensurfragen, wobei seitens sämtlicher Redner Beschwerden über die Handhabung der Zensur vorgebracht wurden und die Freiheit der Presse zur Erörterung der Kriegsziele gefordert wurde.

Abg. Stresemann (nationalliberal) erklärte, seine Partei trete für ein größeres Deutschland ein.

Abg. Dertel (konservativ) betonte: Das Wort des Reichskanzlers von den realen Garantien bedeutet, daß wir ein lebensfähiges und zukunftsfähiges Deutschland mit allen Mitteln durchsetzen müssen. Ist es denn staatsgefährlich, offen zu erklären, daß die Grenzen im Westen und Osten weiter gesteckt werden müßten? Sollen wir verschweigen, daß eine Wiederherausgabe Skurlands für das deutsche Empfinden vollkommen unverständlich wäre? Je rücksichtsloser wir den Krieg durchführen bis zur völligen Niederringung des Gegners, um so mehr wird auf der anderen Seite Neigung und Lust zur Verständigung wachsen.

Abg. Mertin (Reichspartei) erklärte, es sei die Meinung der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes, daß die schweren Opfer an Gut und Blut nicht vergebens sein dürfen.

Abg. Heine (Sozialdemokrat) betonte, dem Kriege dürfe nicht der Charakter eines Verteidigungskrieges genommen werden. Der Friede solle Deutschland Festigkeit und wirtschaftliche Gesundheit, Kraft und politische Stärke sowie Sicherung vor einem neuen Ueberfall bringen.

Ministerialdirektor Dr. Sewald erklärte, die Reichsleitung betrachte die Zensur lediglich als ein notwendiges Uebel, das der Krieg mit sich bringe, als eine jener Beschränkungen, denen wir auch auf anderem Gebiete ausgesetzt sind. Die Zensur sei gewissermaßen die Bivakarte der öffentlichen Meinung. (Heiterkeit.)

Auf eine Frage, wie es mit der Zusage der Regierung betreffs Abänderung des Vereinsrechtes stehe, gab Ministerialdirektor Dr. Sewald namens der verbündeten Regierungen die Erklärung ab, es sei anerkannt worden, daß die Ausdehnung der Bestimmungen des Vereinsgesetzes auf politische Vereine den Gewerkschaften nicht immer das Maß der Freiheit gelassen habe, das sie zur Betätigung der wirtschaftlichen Interessen bedürfen. Es müsse gesetzlich festgelegt werden, daß die Gewerkschaften nicht als politische Vereine behandelt werden dürfen. Eine entsprechende Vorlage solle dem Reichstage recht bald zugehen. (Beifall.)

Das Haus nahm sodann die seitherzeit gemeldete Resolution des Ausschusses an und lehnte die sozialdemokratische Resolution betreffend Aufhebung des Belagerungszustandes und Wiederherstellung der Freiheit der Presse ab.

Hiermit ist der Beratungstoff erledigt.

Die Schlußansprache des Präsidenten.

Präsident Dr. Rämpf weist in seiner Schlußansprache auf die Entschlossenheit des deutschen Volkes hin, alle Opfer auf sich zu nehmen für die Zukunft und die Größe des Vaterlandes. Siegreich stehen, sagt der Präsident, unsere und unserer Verbündeten ruhmreiche Truppen an allen Fronten von der Ostsee und der Nordsee bis zur Adria, bis zum Schwarzen Meere, bis Mesopotamien und bis zum Suezkanal. Angehts all dessen geht Deutschland stolz erhobenen Hauptes seinen Zielen entgegen, mehr als je von dem Vertrauen befeelt, daß in diesem Kriege, durch den die Feinde uns zu vernichten drohten, deutsches Geistes- und deutsches Kulturleben sich einen Platz erringen werden, der ihnen in der Welt gebührt, damit wir, unsere Grenzen gesichert, endlich einmal dazu kommen, dem Werke des Friedens zu leben, um die Wunden zu heilen, die dieser uns freventlich aufgedrungene Krieg uns und der ganzen Welt geschlagen hat. (Lebhafter Beifall.)

Staatssekretär Dr. Delbrück verliest sodann eine Verordnung, womit das Haus bis zum 15. März vertagt wird.

Der Präsident schließt die Sitzung mit einem Hoch auf den Kaiser und das deutsche Vaterland, in welches das Haus dreimal einstimmt.

Eine neue Fraktion.

B. Berlin, 18. Jänner. Im Reichstag hat sich eine neue Fraktion gebildet, die den Namen Deutsche Fraktion führt und 28 Mitglieder umfaßt, die bisher der Reichspartei, der Wirtschaftlichen Vereinigung, der Deutschen Reformpartei und den Deutsch-Hannoveranern angehörten.